

Berlin, 26. Januar 2017

## Handelsbarrieren auf dem Solarmarkt abschaffen

### Zur aktuellen Diskussion über Importzölle und den Mindestimportpreis für Solarmodule erklärt Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung:

„Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss so kosteneffizient wie möglich erfolgen. Dies gilt auch für die Photovoltaik. Nur so lässt sich die große Akzeptanz in der Bevölkerung für den Umstieg auf regenerative Energiequellen erhalten.

Die seit 2013 geltenden Importzölle und der Mindestimportpreis für Solarmodule laufen diesem Ziel zuwider. Dies geht zulasten der Verbraucher, die höhere Preise für Solaranlagen bezahlen müssen als nötig. Die Produktionskosten für Solarmodule werden in den kommenden Jahren weiter sinken. Bleiben die Strafzölle in Kraft, werden die Verbraucher nicht von sinkenden Kosten profitieren können.

Protektionistische Maßnahmen hemmen den Ausbau der Stromerzeugung aus Sonnenenergie. Die Bundesregierung sollte sich bei der Europäischen Kommission dafür einsetzen, diese Handelsbarrieren abzuschaffen.“

### Zum Hintergrund:

Heute tagt das so genannte „Anti-Dumping/Anti-Subsidy Committee (ADC /ASC)“ der EU- Mitgliedstaaten. Das ADC befasst sich mit allen Antidumping- und Antisubsidy-Verfahren, die die EU gegenüber Drittstaaten verfolgt. In der heutigen Sitzung sind auch die Handelsbeschränkungen für Solarmodule Thema.

**BDEW Bundesverband  
der Energie- und  
Wasserwirtschaft e. V.**  
Reinhardtstraße 32  
10117 Berlin

**Bereich Kommunikation**  
Jan Ulland  
Pressesprecher  
Telefon  
+49 30 300199-1160  
Telefax  
+49 30 300199-4190  
presse@bdew.de  
www.bdew.de